

Der europäische Atomschirm in der Zange

Paris und Berlin wollen bei der atomaren Abschreckung künftig enger kooperieren. Macrons potenzielle Nachfolger sind Kritiker des Plans



Friedrich Merz und Emmanuel Macron beim deutsch-französischen Ministerrat in Brühl

Werden deutsch-französische Freundschaftsverträge und vor allem militärische Kooperationen zwischen Berlin und Paris überleben, wenn im Mai 2027 Emmanuel Macrons Nachfolger in den Élysée-Palast einzieht? Diese Frage wird man sich in den Hinterzimmern von Kanzleramt und Verteidigungsministerium in den kommenden Wochen und Monaten vermutlich häufiger stellen.

MARTINA MEISTER

Während sich in Frankreich die Präsidentschaftsbewerber des Zentrums noch nicht sortiert haben und die Konkurrenz im politischen Mittelfeld groß ist, sind die Kandidaten der Ränder bereits bestens aufgestellt für die Präsidentschaftswahlen Anfang Mai kommenden Jahres. Und rechts wie links lassen sie keinen Zweifel daran, dass „Souveränität“ für sie ein zentrales Wahlkampfthema ist. Souveränität, das heißt: Frankreich First. Nachdem Emmanuel Macrons Vorschlag, Deutschland unter seinen Atomschirm nehmen zu wollen, in Berlin jahrelang auf taube Ohren stieß, haben Frankreich und Deutschland im März ihre Atomkooperation angekündigt. Diese „nukleare Kooperation“ wird jetzt konkret, wie Bundeskanzler Friedrich Merz Ende vergangener Woche beim deutsch-französischen Ministerrat in Brühl erklärte.

Noch im Herbst sollen deutsche Soldaten an der regelmäßig stattfindenden Atom-

übung der französischen Luftwaffe mit dem Codenamen Poker teilnehmen. Im Dezember 2025 hatten erstmals Vertreter der British Armed Forces an einer solchen Übung teilgenommen. Für den französischen Linkspopulisten Jean-Luc Mélenchon ist das inakzeptabel. Mit gewohnter Manier polterte er gegen Deutschland und ließ wissen, dass er als Präsident eine solche Kooperation nicht weiterführen werde. „Macrons Zusagen gegenüber Deutschland binden nur ihn selbst“, schrieb er auf X. „Wenn wir 2027 siegen, wird alles von A bis Z überdacht“, erklärte Mélenchon.

Der 74-jährige Gründer der Linkspartei La France Insoumise (LFI), Unbeugsames Frankreich, gilt als „Dauerkandidat“, weil er sich zum vierten Mal um den höchsten Posten in Frankreich bewirbt. In Umfragen liegt er derzeit bei 16 Prozent, weit hinter Marine Le Pen. Wenn sich die Kandidaten aus dem konservativen und sozialdemokratischen Lager nicht auf jeweils einen Kandidaten einigen können, ist es aber möglich, dass sich Mélenchon für die Stichwahl am 2. Mai qualifiziert. Die Tatsache, dass Deutschland amerikanische Atomwaffen auf dem eigenen Territorium stationiert und außerdem die Absicht habe, die stärkste konventionelle Armee Europas aufzubauen, werfe „schwerwiegende Sicherheitsprobleme“ auf, schrieb Mélenchon. Man kann das als „krankhafte Deutschlandfeindlichkeit“ abtun, wie es die EU-Abgeordnete Nathalie Loiseau tut.

Schlimmer noch ist, dass er seine Wähler bewusst täuscht. Mélenchon suggeriert seinen Sympathisanten und Wählern, dass Frankreich das Kommando abgebe oder vorhabe, dies mit Berlin zu teilen. „Ein gemeinsames Kommando der französischen Atomwaffen wäre absolut inakzeptabel“, wettert Mélenchon. Davon kann allerdings keine Rede sein. Eine Entscheidung über den Einsatz von Atomwaffen bliebe selbst bei einem erweiterten Schutzschirm immer in der Entscheidungshoheit des französischen Präsidenten, der gleichzeitig Chef der Armee ist. Frankreich wird weiterhin allein die Entscheidung über „die bewusste Überschreitung der nuklearen Schwelle“ treffen, wie es in der Atomdoktrin heißt.

Auch der Verdacht, Frankreich wolle Deutschland in seine atomare Abschreckung einbinden, um sie vom deutschen Steuerzahler mitfinanzieren zu lassen, ist unberechtigt. In Brühl hat Macron erneut betont, dass Frankreich seine *force de frappe*, wie die französische Atomstreitmacht genannt wird, eigenständig finanziere, schon um die Entscheidungshoheit zu behalten. In den zehn Jahren seiner Amtszeit hat Macron das Budget des Verteidigungsministeriums verdoppelt, von 32 Milliarden Euro auf knapp 64 Milliarden Euro für 2027. Seit 2025 gibt Frankreich mehr als zwei Prozent seines Bruttoinlandsprodukts für die Verteidigung aus.

Macron hatte im März, beim Besuch des Militärstützpunktes auf der bretonischen

”

EIN GEMEINSAMES KOMMANDO DER FRANZÖSISCHEN ATOMWAFFEN WÄRE ABSOLUT INAKZEPTABEL,

JEAN-LUC MÉLENCHON,

Gründer der Partei La France Insoumise

Halbinsel Île Longue, wo vier französische Atom-U-Boote stationiert sind, die schrittweise Einführung der „fortgeschrittenen Abschreckung“ angekündigt. Den europäischen Verbündeten will Paris damit ermöglichen, sich an Atomübungen zu beteiligen. Die Kooperation soll Frankreich auch erlauben, Atomwaffen vorübergehend auf den Staatsgebieten der Partner zu stationieren. Teil der Kooperation sind neben Deutschland auch Polen, Belgien, die Niederlande, Schweden, Dänemark und Griechenland.

Auch beim rechtsnationalen Rassemblement National (RN) stößt Macrons Öffnung des französischen Atomschirms auf Kritik. „Die Abschreckung ist eine Aufgabe der Nation. Sie lässt sich nicht delegieren“,

schrieben Präsidentschaftskandidatin Marine Le Pen und Parteichef Jordan Bardella in einer gemeinsamen Erklärung nach Macrons Rede auf der Île Longue. Der neue Begriff der „fortgeschrittenen Abschreckung“ werfe mehrere Fragen auf, weil er „konkret eine Streuung unserer nuklearen Mittel auf europäischem Gebiet“ bedeute. Die Debatte sei „anti-gaullistisch“, sagte Le Pen in einem Interview. „Bisher verkauft Macron die Übertragung von Kompetenzen. Jetzt vollzieht er die Übertragung von Macht“, so Le Pen.

Faktisch hat die Atomkooperation zwischen Frankreich und Deutschland bereits begonnen. Vor Macrons Deutschlandbesuch hatten französische Rafale-Kampffjets und Eurofighter der Bundeswehr ein gemeinsames Manöver absolviert. Geprüft wurde zwar nur die Betankung der französischen Rafales, die mit Atomsprengköpfen bestückt werden können. Aber einen Symbolwert hat diese Übung zweifellos. Beim Deutsch-französischen Verteidigungs- und Sicherheitsrat auf dem Fliegerhorst Nörvenich bei Köln wurde die Übung vor den beiden Staats- und Regierungschefs wiederholt. „Wir schlagen in der Abschreckung einen neuen, gemeinsamen Weg ein“, sagte Merz. „In der neu geschaffenen strategischen Steuerungsgruppe durchdenken wir, mit welchem Mix an Fähigkeiten wir unsere gemeinsame Abschreckung in Zukunft weiter steigern können“, so der Bundeskanzler.